



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Austausch mit Großbritannien auch nach dem BREXIT fortsetzen und Beitritt zu Erasmus+ weiterhin ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für ein Bekenntnis der Europäischen Union zu einer fortbestehenden Beitrittsoption Großbritanniens zum Programm Erasmus+ einzusetzen. Mit Blick auf das deutliche Interesse in Schottland und Wales soll auch der Beitritt einzelner Regionen zum Programm künftig ermöglicht werden.

Vor dem Hintergrund der vielfältigen bestehenden Kontakte zwischen Schulen, Universitäten, beruflichen Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Bayern sowie Großbritannien wird die Staatsregierung aufgefordert, ein Unterstützungsprogramm für bestehende Partnerschaften aufzulegen und hierzu auch die vom Landtag bereitgestellten Mittel für die Stiftung zur Förderung des internationalen Jugendaustauschs zu nutzen. Das Unterstützungsprogramm soll insbesondere einen Fokus auf den außeruniversitären Bereich legen, da hier mit dem Ende von Erasmus+ eine der Hauptfinanzierungsquellen versiegt.

Begründung:

Seitdem im Jahr 1987 Hochschulstudierende erstmals von Fördermöglichkeiten im Rahmen von Erasmus profitieren konnten, hat sich das Programm als wertvolles Mittel des Austausches in Europa etabliert. Mittlerweile ist das Programm stark gewachsen und bietet mit Erasmus+ auch in weiteren Bereichen Austauschmöglichkeiten, wie in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, im Sport oder in der Erwachsenenbildung. Teilnehmende profitieren in vielerlei Hinsicht von Erasmus+. Unter anderem werden wertvolle interkulturelle Kompetenzen erworben und das europäische Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt.

Mit dem Austritt aus der Europäischen Union ist das Vereinigte Königreich auch aus dem Erasmus+-Programm ausgestiegen. Während Einigungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich in anderen Bereichen, wie zum Beispiel in der Fischerei und im Handel sowie beim Forschungsprogramm Horizont Europa, erzielt werden konnten, sind vor allem Jugendliche und junge Erwachsene die Leidtragenden des Abkommens. Das Bedauern über diese Entscheidung ist auf vielen Seiten groß. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass die Regierungen von Schottland und Wales ihren Wunsch eines Wiederbeitritts zu Erasmus+ bereits geäußert haben.

Bayern profitiert stark von Erasmus+ und den Partnerschaften mit dem Vereinigten Königreich in diesem Rahmen. Neben Partnerschaften in der Hochschulbildung existieren 22 Schulpartnerschaften zwischen Bayern und dem Vereinigten Königreich, davon 7 unter Erasmus+, mit einer Beteiligung von insgesamt 500 Schülerinnen und Schülern

(Stand 2019). Wenn die Staatsregierung ihrem Bekenntnis „In Europa liegt unsere Zukunft“ gerecht werden möchte, muss sie sich jetzt für die Zukunft des Erasmus-Programms einsetzen. Zielführend ist dabei eine zweigleisige Strategie, indem einerseits bestehende Partnerschaften erhalten werden und andererseits eine Beitrittsoption zu Erasmus+ in der Zukunft offengehalten wird. In Großbritannien organisieren sich bereits zahlreiche Jugendorganisationen, um für einen Wiedereintritt in das Erasmus+-Programm zu kämpfen.